



Sitzung 01/12 des Einwohnerrates

Freitag, 24. Februar 2012, 20.00 - 21.45 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Schlatter	Richard	Pro Stein	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>			
	Berner	Georg	parteilos	
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Eimer	Claudia Pia	parteilos	Vizepräsidentin
	Käser	Werner	FDP	Aktuar
	Knecht	Ursula	FDP	
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rietmann	Katharina	Pro Stein	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	Präsident
	Ullmann	André	Pro Stein	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Weibel	Urs	SP	
	<u>Stadtrat</u>			
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	<u>Verwaltung</u>			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Hirschi	Beat	Polizeichef/Weibel	
Entschuldigt:	Hostettmann	Franz	Stadtpräsident	
	Schmid	Werner	FDP	Stimmenzähler
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
 2. Verordnung über die Boulevard-Cafés, Teilrevision
 3. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker (APH)
Orientierung über Verbesserungen der baulichen Infrastruktur zu Gunsten der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner
 4. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker (APH)
Cafeteria/Mehrzweckraum: Genehmigung des Baukredites über Fr. 92'000
Weitere Bauvorhaben: Genehmigung des Planungskredites über Fr. 120'000
 5. Motion Käser u.a.: Verwaltungs- und Strukturreform
 6. Allgemeine Umfrage
-

Einwohnerratspräsident Richard Schlatter eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Für den abwesenden Werner Schmid wird Guido Lengwiler als zweiten Stimmenzähler gewählt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Bei Traktandum 5 erfolgt eine Namensänderung. Infolge der Kandidatur von Claudia Eimer als Stadtpräsidentin wird die Motion Eimer in Motion Käser umbenannt.

INNERES, Einwohnergemeinde, Protokolle

03.15.005

1. Protokollgenehmigung

- a) Das Protokoll der Sitzung vom 25. November 2011 wird genehmigt.
- b) Das Protokoll der Sitzung vom 9. Dezember 2011 wird genehmigt.

INNERES, Gesetze, Gemeinde

03.35.005

BAU, Stadtplanung

00.30.

2. Verordnung über die Boulevard-Cafés, Teilrevision

Beat Hug, Baureferent, unterbreitet die vom Stadtrat ausgearbeitete Revision der Verordnung über die Boulevard-Restaurants. Es betrifft vor allem Art. 7 Abs. 3 der Verordnung. Bis jetzt wurden in diesem Artikel für die Altstadt-Zone nur runde Sonnenschirme zugelassen mit einem Durchmesser bis maximal 4m. Der Stadtrat ist der Meinung, dass auch Sonnenschirme mit einer Seitenlänge von maximal 4m zugelassen werden sollten, begrenzt aber auf die Fläche vom bewilligten Boulevard-Restaurant, damit diese Fläche mit den Sonnenschirme sauber abgedeckt werden kann. Die Praxis hat gezeigt, dass die runden Sonnenschirme in der Handhabung mühsam sind, da sie immer wieder umhergeschoben werden müssen, damit die Beschattung ausreichend ist. In der Unter-

stadt hat es bei einigen Liegenschaften dafür sogar Sonnenstoren, was natürlich problemloser ist. Der Stadtrat stellt den Antrag, dass Art. 7 so abgeändert wird, zum Nutzen der Besucher der Boulevard-Restaurant, die so nicht nur gegen Sonne sondern auch gegen leichten Regen geschützt werden. Die restlichen Änderungen sind redaktioneller Natur.

Eintretensdebatte

Ruedi Vetterli, parteilos, ergreift in Namen der SP-Fraktion das Wort. Die Fraktion hat die Vorlage länger diskutiert und zwar deutlich länger, als sie eigentlich gedacht hatten. Eigentlich geht es bei dieser Vorlage um die Grösse von Sonnenschirmen, aber wie man weiss, geht es eben auch um andere Dinge in diesem Zusammenhang. Betreffend des Inhalts der Vorlage mit den 4m langen Sonnenschirmen sind sie der Meinung, dass der Weg falsch ist, wie es zu dieser Anpassung gekommen ist. Es wurde eine schriftliche Bewilligung erteilt, die der Verordnung nicht entsprochen hat. Man kann sich dann Fragen, ob es richtig ist, wenn man so einen Vorgang mit der Anpassung der Verordnung wieder in Ordnung bringt. Die SP-Fraktion unterstützt diesen Vorschlag aber trotzdem, da das Ergebnis richtig, der Weg aber falsch ist.

Zum ersten gelingt es mit viereckigen Schirmen besser, eine Fläche deckend und effizient zu beschatten. Es braucht weniger Schirme und deshalb auch weniger Sockel, die im Weg stehen. Das Gartenrestaurant lässt sich besser bewirtschaften und ist für die Gäste bequemer. Der andere Punkt ist, dass wenn man die Vorlage nicht annimmt, eine Ungleichheit geschaffen würde, dass die bewilligten Schirme benutzt werden dürfen, aber die restlichen Restaurants keine solchen haben können. Oder man verbietet diese Schirme generell, was aber rechtlich nicht ganz einfach wäre, da ja bereits eine Bewilligung erteilt wurde. Der Einwand eines Anwohners, dass der Zeitpunkt falsch sei, da man die Situation jetzt nicht besichtigen könne, ist schon richtig, aber wir alle haben das Bild vor Augen, wie die Situation im Sommer aussieht. Zudem muss für die übrigen Wirte eine Planungssicherheit vorhanden sein, damit sie wissen, ob sie solche Schirme anschaffen können. Dieser Entscheid muss jetzt getroffen werden können und die SP ist deshalb nicht dafür, diese Vorlage zu verschieben.

Die Fraktion ist schlussendlich mit mehr oder weniger Begeisterung für Eintreten, allerdings mit der deutlichen Aufforderung, dass die Entwicklung der Gastronomie in der Altstadt zu beobachten ist und man keine Salami-Taktik betreibt, sondern der Entwicklung eigentlich einen Schritt voraus sein sollte. Davon würden nicht nur die Touristen sondern schlussendlich auch die Einwohner und Wirte profitieren. Er möchte sich noch bei den Einwohnern für die Anregungen bedanken, die sie erhalten haben. Diese haben durchaus angeregt, auch über den Teller- bzw. Sonnenschirmrand hinauszuschauen.

Franz Marty, CVP, erklärt, die bürgerliche Fraktion habe diese Vorlage eingehend diskutiert. Sie sind für diese Vorlage. Die einzige Änderung ist nur die Form der Schirme von bisher 4m Durchmesser zu 4m Seitenlänge. Doch es ist auch anzumerken, dass nicht jeder Schirme von 4m Seitenlänge aufstellen kann, da der Platz vielleicht einfach nicht vorhanden ist. Über das einheitliche Bild machen sie sich keine Gedanken, da ja dann alle die Möglichkeit haben, solche Schirme aufzustellen. Ein weiterer Vorteil ist, dass die grösseren Schirme bei stärkerem Wind sicherer sind, da diese mit einer Hülse im Boden befestigt werden, was mit einem Baugesuch beantragt werden kann. Selbstverständlich ist es jedes Mal, wenn es die Altstadt betrifft, eine grosse Diskussion wenn es Änderungen gibt.

Die bürgerliche Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und der Vorlage in diesem Sinne zustimmen. Um auf das Votum von Ruedi Vetterli zurückzukommen, für die Entwicklung der Gastronomie ist weder der Einwohner- noch der Stadtrat zuständig. Da ist

allenfalls das Patentamt zuständig, das entscheidet, ob jemand einen Gastronomiebetrieb eröffnen darf oder nicht.

Katharina Rietmann, Pro Stein, informiert, dass auch ihre Fraktion die Vorlage eingehend diskutiert hat. Sie haben Verständnis für das Anliegen der Restaurantbetreiber, ihren Gästen ausreichend Schattenplätze bieten zu können. Sie alle sind aus wirtschaftlichen Gründen darauf angewiesen, attraktive Boulevard-Restaurant-Plätze anbieten zu können. Sie zitiert aus dem Antrag an den Einwohnerrat: „Diese faktisch bereits eingeleitete Praxis ist nun auf Verordnungsebene nachzuvollziehen, so dass die Rechtsgleichheit wiederum gegeben ist.“ Rechtsgleichheit? Sie haben den Eindruck, dass sich kühnere Restaurantbetreiber im Städtli gewisse Freiheiten herausnehmen in der Hoffnung, dass es dann zur Praxis und im Nachhinein schon noch bewilligt wird. Diejenigen, welche sich brav an Verordnungen und Gesetze halten, haben schlussendlich das Nachsehen. Wo bleibt da die Rechtsgleichheit? Es ist von Beschattungssystemen die Rede, ja beschatten wir irgendwann fast die gesamte Altstadt? Was meinen wohl die Altstadt-Bewohner dazu? Ist der Besuch unseres Kleinodes noch attraktiv, wenn vor lauter Beschattungssystemen die wundervollen Fassaden nicht mehr bewundert werden können?

Pro Stein ist der Meinung, dass die Mietflächen mittels gut sichtbarer Markierungen bezeichnet werden müssen (analog Vermessungspunkten aus Metall). Eine regelmässige, amtliche Kontrolle wäre der Garant für das gleiche Recht für alle. Es darf auf keinen Fall mehr Platz als zugewiesen beansprucht werden und es sollte nicht einfach nachträglich „nachbezahlt“ werden können. So werden die Sonnenschirme ihre Masse behalten und nicht plötzlich mit einer möglicherweise verordnungswidrigen ausgeweiteten Fläche mitwachsen, so dass in ein paar Jahren ein erneuter Nachvollzug der Verordnung für die Rechtsgleichheit notwendig wird.

Sie stellen sich auch die Fragen, ob der Fahrweg durchs Städtli für die Lösch- und Rettungsfahrzeuge der Feuerwehr noch gewährleistet ist. Die Personenhydraulik funktioniert in der Hochsaison an neuralgischen Punkten nur schlecht. Sie sind der Meinung, dass diese Punkte bei der Vergabe von Mietflächen zwingend berücksichtigt werden müssen.

Sie sind mit dem stadträtlichen Vorschlag nicht glücklich. Sie werden nicht eintreten und stellen den Antrag eine Kommission einzusetzen, welche die Vorlage überarbeitet.

Beat Hug Baureferent, möchte noch einige Worte mehr äussern. Als die Verordnung gemacht wurde, gab es nur runde Sonnenschirme, rechteckige waren seinerzeit noch gar nicht zur Diskussion gestanden. Die bewilligten Flächen werden jedes Jahr durch die Stadtpolizei eingemessen und kontrolliert, die Flächen und die Quadratmeter sind bestimmt und es gibt einen Plan, wo alles eingezeichnet ist. Es geht nicht nur um 4-metrige Sonnenschirme, sondern es gibt sicher Wirte, die die runden 3-metrigen Sonnenschirme durch quadratische ersetzen würden, weil diese einfach besser gestellt werden können. Die Durchfahrtsbreite muss für die Rettungsfahrzeuge auf jeden Fall gegeben sein, dieses Mass ist bestimmt. Die Möglichkeit für 4-metrige Sonnenschirme gibt es nur in wenigen Bereichen und zwar vor dem Adler, im Bereich vom Roten Ochsen, Rest. Sonne und Waltz und vor dem Café Späth, die anderen Lokale haben diese Möglichkeit gar nicht. Im Frühjahr wird jeweils alles ausgemessen und kontrolliert, es kann aber auch sein, dass unter dem Jahr ein Antrag an den Stadtrat kommt wie z.B. vom Roten Ochsen, die ihre Fläche in den Bereich der Sonne vergrössern wollten, da diese nicht bewirtet wurde. Das wurde bewilligt und die zusätzliche Fläche ordnungsgemäss bezahlt.

Ruedi Vetterli, parteilos, erklärt, dass es ihm bei der Entwicklung der Gastronomie in der Altstadt nicht um jene Fragen geht, die das Patentamt betreffen, sondern genau um jene Geschichten, die auch Pro Stein verhindern möchte.

Franz Marty, CVP, möchte als Mitglied der seinerzeitigen Kommission sowie als Betreiber eines Geschäftes in der Altstadt darauf hinweisen, dass die beste und effizienteste Kontrolle die gegenseitige ist. Wenn ein Betreiber mehr Fläche beansprucht, ist das auf dem Rathaus bekannt, ohne dass jemand persönlich kontrollieren muss. Er kann versichern, dass da kein Bedarf für vermehrte Kontrollen vorhanden ist.

Georg Berner, parteilos, möchte wissen, ob er richtig in der Annahme sei, dass die heutige Beschattung im Rest. Adler nicht dem heutigen Reglement entspreche.

Beat Hug, Baureferent, erklärt, im Reglement steht runde Sonnenschirme und es sind quadratische.

Georg Berner, parteilos, fragt weiter, ob das mit Stadtrat-Beschluss so genehmigt wurde.

Beat Hug, Baureferent, antwortet, dass seines Wissens der Antrag an den Stadtpräsidenten ging, der seinerzeit dafür zuständig war und dann der Auftrag an den Stadtrat kam, sofort eine Vorlage zu machen, damit die Rechtssicherheit gegeben sei. Das korrekte Vorgehen wäre eigentlich umgekehrt gewesen.

Georg Berner, parteilos, möchte wissen, ob es stimmt was man hört, dass es einzelne Personen gibt, die bereits 4-metrig Schirme für diese Saison bestellt haben.

Beat Hug, Baureferent, antwortet, dass es richtig sei, dass ein Gesuch für diese Saison gestellt worden sei. Dieses sei aber noch nicht definitiv bewilligt.

Katharina Rietmann, Pro Stein, formuliert nochmals den Antrag der Pro Stein: Einsetzung einer Kommission zur Überarbeitung der Verordnung über die Boulevard-Restaurants.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, erklärt, dies sei gemäss Art. 37 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates möglich, dass die Fraktionen eine Kommission einsetzen können. Ziel sei, dies in diesem Jahr etwas anders zu machen, als es in den letzten Jahren Praxis gewesen sei, als man zuerst eine Kommission eingesetzt hat, die dann ein Reglement erarbeitet hat. Am Schluss hat man dieses Reglement der Verwaltung gegeben und diese hat dann dieses juristisch überprüfen lassen beim Kanton. Man möchte dies jetzt auf dem anderen Weg machen, wie das auch in anderen Gremien, z.B. im Kantonsrat, üblich sei. Wo der Stadtrat eine Verordnung zuerst erarbeitet, überprüft, ob diese juristisch korrekt ist, dann kommt sie in die Parteien, diese diskutieren diese und wenn man der Meinung ist, man muss noch Ergänzungen oder Anpassungen machen, hat der Einwohnerrat gemäss Art. 37 die Möglichkeit, eine Kommission einzusetzen. Man möchte das auch in Zukunft so machen, aber dass das jeweils schon traktandiert ist, damit hier nicht noch grosse Diskussionen stattfinden müssen, ob man dies wolle oder nicht, sondern, dass man dies schon weiss, wenn man an die Einwohnerratssitzung kommt. Heute ist es eine etwas andere Situation. Pro Stein stellt den Antrag, dass man eine Kommission bildet und ist für nicht eintreten. Zuerst wird abgestimmt, ob eine Kommission eingesetzt werden soll und wenn das angenommen wird, würde man nicht eintreten.

Franz Marty, CVP, erwidert, zuerst werde jetzt abgestimmt über das Eintreten und dann könne man diskutieren über alle möglichen Anträge.

Abstimmung über das Eintreten über die Vorlage „Verordnung über die Boulevard-Restaurants, Teilrevision“.

Mit 9 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird auf die Vorlage eingetreten.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, möchte über die Bildung einer einwohnerrätlichen Kommission abstimmen, die zur Folge hätte, dass die Vorlage jetzt nicht mehr beraten würde, sondern in einer späteren Sitzung dem Einwohnerrat wieder vorgelegt.

Guido Lengwiler, Pro Stein, macht den Vorschlag, zuerst über die Details zu diskutieren und nach dieser Diskussion die Abstimmung durchzuführen, in der Hoffnung, dass in der Detaildiskussion der eine oder andere doch noch zur Überzeugung kommen könnte, dass die Bildung einer Kommission nötig sei.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, ist der Meinung, dass es bei der Einsetzung der Kommission nicht um inhaltliche Dinge der Verordnung gehe, sondern mehr um die Art und Weise wie es so weit gekommen ist. Aber man könne das gerne so machen, er möchte aber noch Stadtschreiber Stefan Brügel fragen, wie er die Situation sehe.

Stefan Brügel, Stadtschreiber, ist ebenfalls der Ansicht, dass man zuerst in die Detailberatung gehen sollte und am Schluss über die Bildung der Kommission abstimmt.

Detailberatung

Seite 5, II. Gestaltungsvorschriften

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte zu Art. 7 noch einige Anregungen machen. Franz Marty hat vorher angemerkt, die beste Kontrolle über die benutzte Fläche sind nicht die Polizisten sondern die Kollegen. Das ist bedingt richtig, nur ist es nach wie vor wichtig, dass man die Begrenzung dieser Flächen nicht nur irgendwo in einem Plan markiert, der auf dem Rathaus liegt. Da muss jedes Mal, wenn jemand glaubt, die Fläche stimme nicht, jemand mit dem Plan und dem Massband ausrücken und dies genau ausmessen. In anderen Regionen werden solche Flächen mit Markierungen im Boden z.B. mit einer Messingplatte ganz klar und für jedermann ersichtlich markiert. Und es geht dann mit den Schirmen weiter, wenn man einen 4m grossen Schirm hat und ein Windstoss kommt, hängt dieser einfach über die bewilligte Fläche hinaus. Der Stadtrat soll ganz klare und für alle ersichtliche Markierungen am Boden anbringen und so spielen alle mit offenen Karten.

Beat Hug, Baureferent, kann bestätigen, dass es bestimmte Fixpunkte gibt, wie z.B. festgeschraubte Veloständer. Das Bauamt misst auch die Kübel ein, d.h., die Blumenkübel werden vom Bauamt fix gesetzt. Da müssten die Kübel mutwillig herumgeschoben werden und das fällt auf. Zu den neuen Schirmen gilt es zu sagen, dass wenn diese mit Bodenhülsen fixiert werden, können diese nicht mehr verschoben werden und decken genau die bewilligte Fläche ab und es fällt dann doppelt auf, wenn Tische ausserhalb der Sonnenschirme aufgestellt werden. Die Flächen werden sowieso nachgemessen, da es dabei um die Kosten und die Verrechnung geht und wenn zu viel belegt wird, muss dies zurückgestellt werden. Er sieht nicht ein, wieso noch zusätzliche Markierungen im Boden gesetzt werden sollten. Und in der Verordnung ist klar festgehalten, dass die Sonnenschirme nicht über die bewilligte Fläche hinausragen dürfen.

Werner Käser, FDP, möchte gerne eine Lanze für die Wirte in Stein am Rhein brechen. Aus diesen Voten spürt er ein gewisses Grundmisstrauen gegenüber den Wirten. Er möchte bitten, dass man ein gewisses Vertrauen in die Wirte setzt, dass die meisten sich an die Verordnung halten. Sicher kann es vorkommen, dass jemand über die Fläche hinausbaut, aber dann muss man in diesem konkreten Fall Einhaltung gebieten. Es tönt

jetzt, als würden alle Wirte versuchen, Missbrauch zu treiben und das ist doch schon nicht der Fall. Er findet, es sollte eine schlanke Verordnung sein und man braucht auch keine Sonnenschirm-Kommission für die Stadt. Mit dieser Verordnung wird alles geregelt, was nötig ist.

Katharina Rietmann, Pro Stein, möchte nochmals schnell wegen der „Sonnenschirm-Kommission“ das Wort ergreifen. Es geht bei der Kommission nicht nur um die Sonnenschirme, sondern auch um die Dekoration, die herumsteht. Jedes Geschäft stellt etwas mehr hinaus, es geht um Laser-Belästigung in der Altstadt. Es geht um all diese Punkte in der Altstadt und dies könnte mit dieser Kommission abgedeckt werden.

Franz Marty, CVP, stellt fest, dass man nicht nur Art. 7 diskutiert, sondern dass man auch über die Kommission diskutiere. Es gibt zurzeit, wenn er es richtig im Kopf hat, 31 Kommissionen in Stein am Rhein und jetzt noch eine 32., um die Altstadt zu definieren? Man könnte aber auch die Altstadt-Kommission wieder reanimieren, er weiss aber nicht, wann diese das letzte Mal zusammen gewesen ist und wer dort überhaupt noch Mitglied ist. Diese wäre aber dann auch keine einwohnerrätliche Kommission, aber er sehe keinen Bedarf für diese Kommission, sicher nicht.

Rolf Oster, SP, erklärt, die Formulierung von Art. 7 finde er inhaltlich nicht schlecht, es sei einfach der Weg, der zu dieser Anpassung geführt hat, der ihm nicht passe. Er ist aber der Meinung, dass die Kontrolle funktioniert. Man muss nicht noch zusätzliche Kontroll-Markierung anbringen. Der Stadtrat und auch die Wirte haben das Interesse, dass die Flächen richtig benutzt werden und zusätzliche Markierungen sind einfach überflüssig.

Beat Hug, Baureferent, möchte auf das Votum betreffend Auslagen zu sprechen kommen. Dies betrifft nicht die Boulevard-Restaurants sondern die Reklame-Verordnung, wo klar geregelt ist, welche Auslagen die Geschäfte haben dürfen und auch das wird verrechnet, da es auf öffentlichem Grund steht. In der Boulevard-Verordnung geht es einzig und alleine um die Restaurants.

Seite 8, Art. 15

Arthur Cantieni, SP, weist darauf hin, dass das Wort Rekurs einmal zu viel im Artikel vorkommt. Dies ist eine formelle Anpassung.

Antrag Katharina Rietmann, Pro Stein, zur Einsetzung einer Kommission zur Überarbeitung der Verordnung über die Boulevard-Restaurants.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen gegenüber 9 Nein-Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Einwohnerrat genehmigt die vorgelegten Änderungen der Verordnung über Boulevard-Restaurants auf öffentlichem und privatem Grund mit 9 Ja-Stimmen gegenüber 4 Nein-Stimmen.

Mitteilung an:

Baureferent
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Stadtpolizei
Stadtratskanzlei
Ablage (mit Reglement)

SOZIALES, Heime, Betrieb Alters- und Pflegeheim

08.25.000

**3. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker (APH)
Orientierung über Verbesserungen der baulichen Infrastruktur zu
Gunsten der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner**

René Meile, Sozialreferent, erklärt, der Stadtrat sei erfreut, dem Einwohnerrat die nachfolgende Orientierungsvorlage zu unterbreiten, betreffend Verbesserung der Heimstruktur sowie deren Finanzierung. Der Stiftungsrat der Jakob und Emma Windler-Stiftung hat an seiner Sitzung im November den Sachen, die hier vorgelegt werden, bereits zugestimmt. Zusammen mit dem Heimleiter hatte er die Möglichkeit, verschiedene Projekte dem Stiftungsrat vorzustellen. Diese Projekte sind im kleinen gelben Heft aufgelistet. Nicht alle wurden bewilligt, aber diejenigen, die bewilligt wurden, sind darin enthalten. Am 19. Dezember hat der Stiftungsrat dann definitiv die finanziellen Mittel, die beantragt werden, bewilligt inkl. die Kredite, die später noch folgen werden, da sind die Zusicherungen vorhanden.

Folgende Projekte wurden dem Stiftungsrat unterbreitet:

Vorschlag 1: Umbau der jetzigen Cafeteria in einen Mehrzweckraum und Verbesserung des Speisesaals im Parterre, der neu Cafeteria wird. Im Altersheim ist relativ wenig Platz vorhanden für Aktivitäten etc. Wenn die Cafeteria in den alten Speisesaal verlegt wird, gibt es dort eine anständige Cafeteria. Der Ausgang würde verändert, damit man vom Buffet aus, welches dort entsteht, bequem auch nach draussen servieren kann. Der Raum beim Eingang rechts, würde abgeschlossen mit Glaswänden und zu den Toiletten hin würde eine Faltwand installiert. Dieser Raum würde so für alle möglichen Aktivitäten, die im Altersheim stattfinden zur Verfügung stehen. Unter anderem auch für die Mütter- und Väterberatung, die auch im Altersheim stattfindet. Dem hat der Stiftungsrat zugestimmt.

Vorschlag 2: Der sogenannte Pavillon wurde nur einstöckig angebaut und ist im 1. Stock so etwas wie die gute Stube, wo die Bewohner sich untertags aufhalten können. Leider wurde der Pavillon, wahrscheinlich aus Kostengründen, nicht gleich zweistöckig gemacht und im 2. Stock hat man diesen Raum nicht. Dem Stiftungsrat wurde unterbreitet, dass man bei vorhandenen Mitteln, den Pavillon aufstocken würde und so der 2. Stock auch über den gleichen Raum verfügen würde.

Vorschlag 3: Wer sich ab und zu im Heim aufhält, hat sicher schon bemerkt, dass die Beleuchtung zu wünschen übrig lässt. Man weiss heute, dass man das Wohlbefinden von Menschen, insbesondere auch von dementen Personen, gewaltig verbessern kann und man kann auch dazu beitragen, dass im Alter mehr gelesen wird, wenn die Beleuchtung stimmt. Dazu gibt es wissenschaftliche Untersuchungen. Heute gibt es moderne Beleuchtungssysteme, die auf Tag/Nacht etc. eingehen, dazu braucht es aber eine Steuerung und das müsste alles neu gemacht werden. Insbesondere im Alter lesen, hat den Stiftungsrat beeindruckt und sie haben der Finanzierung ebenfalls zugestimmt.

Vorschlag 4: Der Speisesaal, der vorher im Parterre war, wurde in den 1. Stock verlegt. Der Saal hat aber hinten hinaus zum Grünen relativ kleine Fenster. Die Idee ist, dass man diese etwas vergrössern würde und mehr Licht in den Saal bringt und in diesem Zusammenhang eine zweite Möglichkeit schafft, um draussen zu sitzen. Insbesondere auch, dass man draussen essen könnte, wenn die Temperatur stimmt. Auch diesen

Vorschlag würde die Stiftung finanzieren. Allerdings möchte er darauf hinweisen, dass es sich bei den Beträgen um ganz grobe Kostenschätzungen handelt.

Vorschlag 5: Der Garten nach hinten ist zwar wunderbar grün, aber entspricht auch nicht mehr den heutigen Vorstellungen. Er ist eingezäunt, also für Demente tauglich, und mit etwas Geld könnte man gewaltige Verbesserungen erreichen. Dazu müsste man aber einen Gartengestalter einstellen, der die nötigen Vorschläge ausarbeitet und dann die nötigen Mittel haben, um dies zu verwirklichen.

Vorschlag 6: Der Vorschlag Handläufe muss nicht weiter angeschaut werden, diesen wollte die Stiftung nicht finanzieren und muss deshalb anderweitig finanziert werden, muss aber auch gemacht werden.

Vorschlag 7: Die Rollstühle sind relativ alt. Es gibt heute viel modernere, leichtere Modelle, aber dies ist auch eine Preisfrage. Wer schon im Heim gewesen ist weiss, es sind sehr viele Bewohner im Rollstuhl. Wenn man diese den Weg hinaufstösst, ist insbesondere eine Frau am Anschlag und auch ein Mann kommt gewaltig ins Schwitzen. Diese Fr. 80'000 würde die Stiftung ebenfalls bewilligen.

Vorschlag 8: Die Fassade des Mittelbaus wurde gemacht und jetzt sieht der Neubau etwas schäbig aus. Die Idee war, beliebt zu machen, dass die Stiftung auch hier einen Beitrag sprechen würde, dies wurde aber abgelehnt.

Vorschlag 9: Ferienplätze und Zimmer für Übergangspflege; dieser Vorschlag wurde ebenfalls abgelehnt.

In den Unterlagen ist aufgeführt, was die einzelnen Projekte kosten würden und das sind insgesamt rund 2 Mio. Fr. Angefangen bei der Cafeteria und Mehrzweckraum Fr. 92'000, dann Aufstockung Pavillon Fr. 750'000, Beleuchtung Fr. 180'000, Vergrößerung Essraum und Essplatz im Freien, Fr. 500'000, Gestaltung Aussenbereich Fr. 300'000, Rollstühle Fr. 80'000. Das sind alles aber ganz grobe Schätzungen.

Damit die Kredite dann unterbreitet werden können, das nimmt den normalen Gang über den Einwohnerrat, der dem zustimmen muss, um dies ausschaffen zu können, wird ein Planungskredit zur Umsetzung dieser Vorhaben benötigt, das sind Fr. 120'000. Da es keinen Sinn macht, etwas zu planen, das aus der Heimrechnung dann bezahlt werden müsste, hat die Stiftung zugestimmt, diesen Planungskredit zu übernehmen. Somit geht die Stadt auch nicht das Risiko ein, dass etwas geplant wird, das schlussendlich abgelehnt wird.

Im grossen Papier hat es einen Umsetzungsplan, wo man sieht, wie das zeitlich in etwa ablaufen würde. Im 2012 würde geplant und der Umbau der Cafeteria gemacht. Ende 2012 möchte man gerne die Beleuchtung und den Kauf der Rollstühle umsetzen. Die restlichen Projekte würden dann 2013/14 umgesetzt.

Wie bereits eingangs erwähnt, ist alles unter einem grossen Zeitdruck gestanden und der Entscheid, dass die einzelnen Vorschläge gemacht werden können, ist erst am 19. Dezember 2011 festgestanden. Sie wollten diese Orientierung aber unbedingt auf diese Einwohnerratssitzung bringen, deshalb war es leider nicht möglich, die Altersheim-Kommission noch zu begrüssen, alles musste leider ohne deren Beratung stattfinden. Der Stadtrat hat der Orientierungsvorlage zugestimmt und er hofft, dass auch der Einwohnerrat zustimmen wird. Die nötigen Kredite werden dann unter Traktandum 4 besprochen. René Meile bittet, zustimmend von dieser Vorlage Kenntnis zu nehmen.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, dankt René Meile für die Ausführung. Die Transparenz von Seiten des Stiftungsrates betreffend Finanzierung nimmt er erfreut

zur Kenntnis, dies wird sicher auch dazu führen, dass eine andere Wertschätzung gegenüber der Stiftung entstehen wird.

Urs Weibel, SP, stellt seine Äusserungen etwas polemisch unter den Titel „Segen oder Fluch“. Die SP-Fraktion ist hoch erfreut, dass durch die grosse finanzielle Unterstützung der Jakob und Emma Windler-Stiftung die Stadt im Alters- und Pflegeheim nicht nur die unmittelbar notwendigen Arbeiten erledigen kann, sondern auch das Wünschbare jetzt umgesetzt werden kann. Wünschbar heisst aber ganz klar nicht überflüssig, nicht übertrieben und auch nicht grosskotzig, sondern es heisst jene Dinge, die man aus finanziellen Überlegungen bei der Stadt nicht oben auf die Prioritätenliste setzen konnte. Massnahmen, die aus Sicht des Altersheims durchaus sinnvoll und wichtig sind und bis jetzt zurückgestellt werden mussten.

Ein Heim mit einer guten Infrastruktur hat aus seiner Sicht zwei Trümpfe. Zum einen zufriedener Heimbewohner, was weniger Pflegebedarf bedeutet und weniger Kosten und zum anderen bessere Arbeitsqualität und motiviertere Arbeitskräfte. Dies hat eine positive Rückkopplung auf die Stimmung im Heim.

Der zweite Trumpf, die gute Infrastruktur mit einem guten Preis, heisst auch eine gute Marktposition, eine bessere Auslastung, eine bessere Betriebsrechnung. Im Pflegeheim hat es immer eine Anzahl auswärtiger Bewohner und wenn man alle Berechnungen des Kantons anschaut und Glauben schenkt, heisst das, dass für Stein am Rhein und Hemishofen zu viele Heimplätze vorhanden sind und wir immer auch auf Auswärtige angewiesen sein werden. Der SP-Fraktion erscheinen die vorgeschlagenen Massnahmen durchaus sinnvoll und sie begrüssen das Massnahmen-Paket. Sie sind sich aber auch bewusst, dass die Kostenschätzungen nur grobe Richtwerte sind und dass die Zahlen nach der Planung durchaus noch nach oben oder unten revidiert werden müssen. So viel zum Segen dieses grosszügigen Geschenks.

Dieses Geschenk hat in seinen Augen auch einen „Fluch“. An der letzten Einwohneratssitzung wurde der Finanzplan diskutiert und man war einhellig der Meinung, dass man die Prioritätensetzung begrüsst. Er hat in der Beratung den Stadtrat gelobt, diese Vorlage hier ist aber nicht vorgesehen gewesen. Er hat durchaus Verständnis, dass man solche Gelegenheiten durchaus beim Schopf packt, wo man Wünschbares annehmen kann, das man aus finanzpolitischen Überlegungen nicht auf den Finanzplan gepackt hat. Falls das Argument käme, dass die Finanzierung ja über die Jakob und Emma Windler-Stiftung gewährleistet ist und wir uns das leisten können, dieses Argument lässt er nur halb gelten. Man hat es hier in der letzten Sitzung auch verschiedentlich gesagt, jedes Projekt, egal wie finanziert, verursacht in der Verwaltung Arbeit und diese Arbeitsstunden fehlen dann bei anderen Projekten (z.B. Alterswohnungen?). Was er hier wirklich vermisst, ist eine Koordination der Finanzpläne der Stadt und der Stiftung. Die Stadt hat seiner Meinung nach die Aufgaben gemacht. Seine Anregung an die Stiftung wäre, dass man hier die Finanzplanung etwas näher aneinander bringt, damit man für alle Bereiche eine grössere Planungssicherheit erreichen kann.

Der dritte Punkt ist, wohin mit dem Geschenk, die Standortfrage des Alters- und Pflegeheims. Die SP ist klar der Meinung, dass diese Mittel am heutigen Standort eingesetzt werden sollen. Investitionen ins Alters- und Pflegeheim am heutigen Standort schaut die SP als richtig an, nur weil die Jakob und Emma Windler-Stiftung jetzt bauliche Massnahmen finanziert, heisst das ja nicht, dass die Stiftung bei einem allfälligen Neubau an einem anderen Standort auch so finanzieren würde. Dies ändert die Ausgangslage für die Investitionen in den heutigen Bau überhaupt nicht. Dies heisst nicht, dass sich die SP grundsätzlich Diskussion verschliessen wird, wenn es darum geht, wo ist der korrekte Standort für die Alterswohnungen und die drei Möglichkeiten nochmals überprüft

werden. Aber sie möchten, dass der Zeitplan bei den Alterswohnungen nun wirklich eingehalten wird, damit das für sie sehr wichtige Projekt realisiert werden kann. Sie achten den heutigen Standort des Alters- und Pflegeheims als nicht so falsch, dass man ein bestehendes und gut funktionierendes Altersheim abbrechen müsste. Der Verkauf des Areals deckt nur einen kleinen Teil der notwendigen Investitionen, grob geschätzt bleiben immer noch 10 Mio. Fr., die noch gedeckt werden müssten.

Die SP-Fraktion wird die Vorlage zur Kenntnis nehmen.

Ursula Knecht, FDP, möchte die Vorlage nach dem langen Votum des Vorredners nur noch kurz umreißen. Die bürgerliche Fraktion ist ganz klar der Meinung, es hat Vorgaben gegeben, die Sanierung des Altersheims zu finanzieren. Es gibt aber Dinge, bei denen man bei einem Aufenthalt im Altersheim merkt, da gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Diese sind zum Wohle aller Heimbewohner und wenn man die Massnahmen durchgeht, stellt man fest, das ist eine gute Sache. Es ist schön, dass das realisiert werden kann und der Planungskredit steht, um dies angehen zu können. Sie denken, dass dies ein guter Schritt in die richtige Richtung ist, es ist etwas, das noch zusätzlich gemacht werden kann und jetzt möglich ist.

Sie möchte aber auch den Punkt zusätzliches Projekt und Ressourcen ansprechen, auch die Ressourcen vom Stadtrat. Da bekommt sie etwas Angst, da auch sie die Alterswohnungen gerne etwas forcieren möchten. Wenn sie sieht, wie viele Ressourcen jetzt event. in dieses Vorhaben gehen, und es braucht einfach Vorarbeiten, dann schwindet etwas die Zeit für das, was schon vorgestern gefordert wurde. Sie möchte einfach mitgeben, dass sie diese Priorisierung möchten und sie fänden es müssig, nochmals über den Standort zu diskutieren, denn dann würde es wirklich über-, über-, übermorgen werden, bis das Gewünschte realisiert werden kann. Sie möchten wirklich die Lanze nochmals für die Alterswohnungen brechen.

Die bürgerliche Fraktion wird die Orientierung, die eingegangen ist, zur Kenntnis nehmen.

André Ullmann, Pro Stein, teilt mit, dass das alles, was in dem gelben Büchlein stehe, zu keinerlei Diskussionen Anlass gegeben habe. Alle diese Anliegen sind ihnen bekannt. Man hat schon immer gesagt, dass dies wünschenswert wäre, hat es aber aus finanziellen Gründen zurückgestellt.

Zu Diskussionen Anlass gegeben hat ist, dass neu alles finanziert wird durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung, das gab es bis jetzt nicht. Bei allen Anträgen, die bis jetzt im Zusammenhang mit dem Alters- und Pflegeheim vorlagen, gab es gewisse Restriktionen, dies war bei der Instandhaltung, bei den Alterswohnungen und jetzt dabei. Die Prämisse war immer, das Alters- und Pflegeheim ist und bleibt dort, da wir es uns nicht leisten können, ein neues an einem anderen Standort zu bauen. Aus diesem Grund hat man auch akzeptiert, dass in Zukunft nicht nur das Alters- und Pflegeheim, sondern dass man auch baulich das jetzige Heim so nutzen muss, wie es heute ist. Gewisse Räumlichkeiten und Abgrenzungen sind für Demente nicht so sinnvoll. Man hat sich dort halt einfach nach der Decke gestreckt. Als es dann um die Alterswohnungen ging hat man dann auch gesagt, sinnvoll wäre es, wenn die Alterswohnungen angrenzend an das Altersheim gebaut würden, zur Nutzung von gewissen Synergien. Das eine hat das andere ergeben. Aber jedes Mal musste man sich die Standortfrage stellen. Diejenigen, die Aufgabe bekamen zu planen, haben sich diese Frage auch gestellt, warum bauen wir die Alterswohnungen hier in den Hang hinein. Sie haben sich die Frage gestellt, wenn wir auf der grünen Wiese nochmals anfangen könnten, wo würden wir ein zukünftiges, längerfristiges Pflegeheim hinstellen, mit angegliederten Alterswohnungen.

Dann wäre es wahrscheinlich nicht mehr dort draussen, sondern an einem anderen Ort. Im Bereich Heiz-Areal wäre nur ein Beispiel, in der Friedau oder Chupferwise existieren Liegenschaften, die schon umgezont sind für öffentliche Bauten. Wahrscheinlich wäre es eher dort. Pro Stein ist sich bewusst, eine solche Idee ist erst spruchreif oder kann in Erwägung gezogen werden, wenn man die Jakob und Emma Windler-Stiftung mit ins Boot holt.

Was auch neu ist, das ist ihre Interpretation, dass die Stiftung einen längerfristige Finanzierungsplanung macht. Die, wie es ihm scheint, bis auf 2020 ausgerichtet ist. Für sie ist das eine sehr gute Information. Er glaubt auch und das wäre ein Anliegen der Pro Stein, dass man die längerfristige Finanzplanung der Stiftung mit derer der Stadt in Einklang bringt und schon frühzeitig hinterfragt, wäre so ein Projekt überhaupt möglich. Wir müssen uns bewusst sein, es wird im Bereich der Alterswohnungen wie auch bei dieser Vorlage eine Volksabstimmung geben. Wir tun gut daran, wenn wir die Standortfrage noch abschliessend diskutieren im Hinblick auf diese Volksvorlage.

Der Vorschlag der Pro Stein ist, man macht das, was jetzt hier vorgeschlagen ist, Instandhaltung muss sowieso gemacht werden, man kann das Altersheim nicht verlottern lassen, all diese Massnahmen sind notwendig. Die Phase 1 und 2 ist kein Thema. Erst bei Phase 3, wo es um Neubauten und grössere Dinge geht und dann, wenn es um die Alterswohnungen geht, da werden grössere Millionenbeträge investiert.

Die Pro Stein hat sich vorgestellt, dass sie dem Antrag 1 zustimmen werden, dass sie auch dem Antrag 2 zustimmen, aber dass man dann in der Altersheim-Kommission die Standortfrage nochmals abschliessend klärt. Aber auch in Abstimmung mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung klärt, ob sie für eine solche längerfristige, strategische Planung zu haben wäre oder nicht. Sie glauben, dass bis im Juni diese Frage abschliessend beantwortet sein muss.

Sie werden nicht den Antrag stellen, die Anträge zu ändern, aber sie wären froh, wenn sich die anderen Fraktionen nochmals dazu äussern würden, ob sie dazu bereit wären und es auch so sehen, dass man diese Diskussion in der Kommission nochmals führt und dass man diese Gespräche mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung führt. Und das für die Anträge im Juni diese Antworten vorliegen. Wichtig ist auch, dass die Pro Stein an den Prioritäten festhalten möchten. Die Alterswohnungen sollen rasch realisiert werden, die Idee ist nicht, dies auf die lange Bank zu schieben.

René Meile, Sozialreferent, möchte zu den verschiedenen Voten noch eine Stellungnahme abgeben. Bei den Alterswohnungen muss man sich bewusst sein, dass es sich um 10 Wohnungen handelt, das löst das demographische Problem in Stein am Rhein nicht. Da ist ein gewaltiger, anderer Bedarf auch noch da, mit diesen 10 Wohnungen ist das Problem noch nicht gelöst. Das Problem vom Zugang zum Heim wird aber gelöst und es existiert ein gewisser Bedarf an Wohnungen, die nahe am Heim sind. Aber es hat auch einen Bedarf für Wohnungen, die nicht in der Nähe des Heims liegen müssen.

Das Altersheim ist nicht mehr ein Altersheim, es ist ein Pflegeheim. Wer im Heim ist und die Bewohner beobachtet bemerkt, dies ist wirklich ein Pflegeheim und dieses könnte überall stehen. Der Standort eines Pflegeheims hat nicht so eine grosse Bedeutung. Von Alterswohnungen schon eher. Es ist geplant, im Juni über die Alterswohnungen zu orientieren. Bei den Alterswohnungen wurde die Standortfrage gestellt und die Orientierungsvorlage wurde gemacht mit den 2 Mio., die ja immer wieder ins Budget gestellt werden, wovon im letzten Jahr bereits 1/2 Mio. verbaut wurde. Diese kommen in den nächsten Jahren immer wieder ins Budget gemäss dieser Orientierungsvorlage, genau wie es geplant wurde. Aber es wurde bereits 1/2 Mio. verbaut. Ein neues Heim bauen,

würde garantiert ca. 15 Mio. kosten. Und man würde ein Gebäude abbrechen, dessen Neubau in den 80er Jahren erbaut wurde. Man muss sich vorstellen, so ein Gebäude müsste dann abgebrochen werden, da das Land ja auf den Markt gebracht werden müsste. Nach seinem Dafürhalten kommen solche Ideen nur, weil im Hintergrund ein Geldgeber ist, sonst kämen diese Ideen nicht.

Der Stiftung hat sehr imponiert, dass mit den Mitteln im Heim sehr haushälterisch umgegangen wird. Er wurde sogar gefragt, ob das nicht etwas sehr bescheiden sei. Er habe geantwortet, sie liessen nur machen, was zweckmässig und notwendig sei, aber keinen Luxus. Und das hat sehr gut gewirkt. Er möchte daran erinnern, man sollte das auch bedenken, wenn man solche Anträge stellt.

Zu den Ressourcen. Wenn wir jetzt wieder von vorne anfangen müssen, über diesen Standort zu diskutieren, dann bedeutet dies auch Ressourcen vom Stadtrat und der Verwaltung binden. Und er findet, es gibt genug andere Arbeit, er möchte sich nicht wieder von vorne mit diesem Thema beschäftigen müssen. Er wird aber gerne entgegen nehmen, dass in einer Volksabstimmung das wieder ein Thema werden wird. Das ist ihm bewusst und da wird man Aussagen machen müssen. Insofern wird man dieses Thema doch noch einmal beackern müssen, aber für die Vorlage der Volksabstimmung. Aber dass man grundsätzlich dies alles nochmals in Frage stellt und dann mit der Stiftung reden möchte, davor möchte er warnen. Das findet er einen völlig falschen Weg. Er bittet, das so entgegen zu nehmen.

Richard Schlatter, Einwohnerratspräsident, bittet, doch nicht zu weit abzuschweifen. Es gehe um diese Orientierungsvorlage. Er sei auch der Meinung, dass diese Diskussion nochmals geführt werden muss innerhalb der Fraktionen und dass man einen Weg sucht. Aber das sei dann zu einem späteren Zeitpunkt.

Beschluss:

Die Vorlage des Stadtrates betreffend der geplanten Bauvorhaben im Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker sowie der grosszügigen finanziellen Unterstützung der Vorhaben im Alters- und Pflegeheim durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung wird durch den Einwohnerrat zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an:

Baureferent
Sozialreferent
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Stadtratskanzlei
Mitteilungen aus dem Stadtrat
Ablage

SOZIALES, Heime, Betrieb Alters- und Pflegeheim

08.25.000

4. **Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker (APH)**
Cafeteria/Mehrzweckraum: Genehmigung des Baukredites über Fr. 92'000
Weitere Bauvorhaben: Genehmigung des Planungskredites über Fr. 120'000

René Meile, Sozialreferent, erklärt, dabei handle es sich bereits um zwei konkrete Projekte. Zum einen um den Umbau der Cafeteria und das Umwandeln der alten Cafeteria in den Mehrzweckraum. Wenn man das Altersheim betritt, ist rechts die alte Cafeteria und auf dem Plan ersichtlich sind auch die Toiletten und wenn man in der Cafeteria sitzt, sieht man immer die Personen, die die Toiletten betreten oder wieder verlassen. Beim Eingang wird der Raum mit einer Glaswand geschlossen mit Vorhang, falls man schliessen möchte. Gegen die Toiletten würden Faltwände installiert, die offen gelassen oder auch geschlossen werden können. Der Raum würde dann neu für Aktivierungs-Dinge genutzt - wie lesen, singen, basteln etc. Rechts im Raum würden die Installationen an der Wand bestehen bleiben, aber das Buffet kommt in den ehemaligen Speisesaal ganz links, wo sich der Zugang zur Küche befindet. Dort würde der Ausgang versetzt und neu so gestaltet, dass ein direkter Zugang auf den Platz möglich ist zum Servieren. Ansonsten würde an der Cafeteria nichts geändert. Im Mehrzweckraum würde noch die Decke saniert. Dieses Projekt sollte so schnell wie möglich realisiert werden, da dies für den Heimbetrieb viel bringt. Die Stiftung wird die Kosten aufgrund des vorliegenden Planes übernehmen. Er bittet die Einwohnerräte dem Antrag zuzustimmen.

Der zweite Kredit wäre der bereits erwähnte Planungskredit. Da ist er natürlich glücklich, dass für einmal nicht etwas geplant werden muss mit Steuermitteln oder mit Mitteln, die die Bewohner zahlen müssten, ohne zu wissen, ob das Projekt dann überhaupt bezahlt wird. Man weiss, dass es grundsätzlich bezahlt wird und sogar die Planung wird übernommen. Wenn dieser Kredit bewilligt wird, kommen dann zu einem späteren Zeitpunkt die Anträge zu den verschiedenen Projekten. René Meile bittet, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Urs Weibel, SP, teilt mit, dass die SP-Fraktion ja sagen wird.

Uschi Knecht, FDP, sagt im Namen der bürgerlichen Fraktion „Ja“.

André Ullmann, Pro Stein, erklärt, sie wollen nicht zurück auf Feld 1, sie wollen weitermachen und deshalb hier auch zustimmen. Sie möchten einfach die Standortfrage für alle Male geklärt haben. Auch im Zusammenhang mit der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Der Stadtrat tue gut daran, die längerfristige Planungsmethode, die die Stiftung jetzt anwendet, halt auch einmal unter einander abzustimmen.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

- 1. Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Baukredit von Fr. 92'000 für die Anpassung der Cafeteria und der Erstellung eines Mehrzweckraumes im Alters- und Pflegeheim.**
- 2. Der Einwohnerrat genehmigt den Planungskredit von Fr. 120'000 für die weiteren baulichen Vorhaben im Alters- und Pflegeheim.**
- 3. Der Einwohnerrat dankt der Jakob und Emma Windler-Stiftung für die grosszügige Unterstützung, die den Bewohnerinnen und Bewohnern des Alters- und Pflegeheims Clara Dietiker zu Gute kommt.**

Mitteilung an:

Baureferent
Sozialreferent
Stadtschreiber
Bauverwaltung

Zentralverwaltung
Mitteilungen aus dem Stadtrat
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

5. Motion Käser u.a.: Verwaltungs- und Strukturreform

Werner Käser, FDP, liest zuerst den Antrag vor, der wie folgt lautet: Der Stadtrat wird eingeladen, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zur dringlich durchzuführenden Verwaltungsreform vorzulegen. Mit Finanzplan 2012 – 2016 hat sich der Stadtrat für die stärkere Trennung von strategischer und operativer Führung ausgesprochen. Im Weiteren hat er Bereiche und Abteilungen benannt, deren Auftrag und Aufgaben geprüft und allenfalls angepasst werden sollen. Die anstehenden Wahlen sowie die aktuelle personelle Situation bedingt zwingend die Anpassungen von Pensen, Aufgaben und Aufträgen.

Anschliessend begründet er diese Motion stellvertretend für die Erstunterzeichnerin Claudia Eimer. Nachdem diese, zusammen mit den anderen Mitgliedern des Einwohnerrates, die Motion zur Verwaltungsreform eingereicht hat, ist sie von einem überparteilichen Komitee als Kandidatin für das Stadtpräsidium portiert worden. Es erschien Claudia Eimer und dem Ratsbüro deshalb nicht opportun, dass sie die Motion hier begründet und sich damit womöglich dem Vorwurf aussetzt, sie versuche quasi in eigener Sache zu agieren.

Stein am Rhein ist politisch im Umbruch. Mit dem Rücktritt des Stadtpräsidenten und dem Ablauf der Amtsperiode aller gewählten Entscheidungsträger scheint der Moment richtig, Strukturen der Verwaltung zu hinterfragen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Der Stadtrat selbst hat sich im Finanzplan 2013 – 2016 für eine stärkere Trennung von strategischer und operativer Führung ausgesprochen. Er hat sich im Weiteren vorgenommen, Bereiche und Abteilungen zu prüfen und deren Aufgaben an die Bedürfnisse von heute anzupassen.

Mit der Motion möchte der Einwohnerrat den Stadtrat ermuntern und beauftragen, diese Reformen jetzt anzugehen. Namentlich eine Überprüfung und Anpassung der Pensen und Aufgaben im Stadtrat und Stadtpräsidium ist dringend. Wir sind darauf angewiesen, möglichen Bewerberinnen und Bewerbern für diese Ämter klare Aussagen zu den zeitlichen Belastungen machen zu können. Darüber hinaus ist jetzt, in dieser Zeit des Übergangs und Neuanfangs, der richtige Moment, Aufträge, Aufgaben und Kompetenzen der Verwaltung neu zu definieren. Damit soll der Überarbeitung des Leitbilds der Stadt Stein am Rhein, welche ab kommendem Jahr unter Beteiligung der Bevölkerung in Angriff genommen werden soll, keineswegs vorgegriffen werden. Vielmehr ist diese Verwaltungsreform als wichtige Vorarbeit für ein Gelingen des „Projekts Leitbild“ zu betrachten.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Motion, die sie ja alle mitunterzeichnet haben, in diesem Sinn und Geist als erheblich zu erklären und dem Stadtrat zu überweisen. Ich darf, weil ich schon am Reden bin – und damit wechsle ich meine Rolle zum Fraktionssprecher – im Namen der bürgerlichen Fraktion erklären, dass diese das tun wird.

René Meile, Vize-Präsident Stadtrat, verliest die Stellungnahme des Stadtrates zur Motion:

Sie beauftragen mit ihrer von allen Seiten getragenen Motion den Stadtrat, Bericht und Antrag zur dringlich durchzuführenden Verwaltungsreform vorzulegen und rennen damit

offene Türen ein. Stadtrat und Stellenplankommission haben sich verschiedentlich und eingehend mit Stellenplan und Organisation der Stadtverwaltung befasst. Allen – den Mitarbeitenden, dem Stadt- und dem Einwohnerrat - ist bewusst, dass Veränderungen notwendig sind. Solche Veränderungen müssen aber aus Sicht des Stadtrates breit abgestützt sein und von möglichst vielen getragen werden.

Wie sie selbst schreiben, ist die Situation durch Umstände und Faktoren günstig, die Reform von Behördentätigkeit und der Verwaltung anzugehen und umzusetzen. Diese betreffen nicht nur die Verwaltung im eigentlichen Sinn, sondern ist auch die Arbeitsaufteilung des Stadtrates genauer zu betrachten. Die bisherigen Strukturen und Verhältnisse vermochten auf die Dauer nicht zu befriedigen, da alleine schon das Ungleichgewicht der Pensen im Stadtrat eine zeitliche, aber auch inhaltliche Bevorzugung des Stadtpräsidiums ermöglichte.

Mit der Verwaltungsreform müssen Ausrichtung und Aufgaben des Stadtrates überdacht und neu verteilt werden; dies auch unter dem Aspekt, wie ihn Hannes Germann als Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes in einem Artikel in den Schaffhauser Nachrichten vom 12.11.2011 beschreibt. Sinngemäss schreibt er: Die schweizerische Politik auf allen Stufen stützt sich auf das Milizsystem; dieses Prinzip ermöglicht das Einbringen von Erfahrungen, Ideen und Kenntnissen aus dem Privat- und Berufsleben in den politischen Alltag. Wertvolles Know-how fliesst in die Exekutiv- und Legislativarbeit.

Im Weiteren werden auf Verwaltungsebene Aufgaben und Verantwortung mit hoher Fachkompetenz wahrgenommen. Nicht der Baureferent - also der Politiker - muss Ingenieur oder Architekt sein, diese Kompetenz ist in der Verwaltung angesiedelt.

Genau da setzt die Verwaltungsreorganisation bzw. -reform an, wie sie dem Stadtrat vorschwebt. Es erfolgt die Trennung von der politischen Kompetenz und der Sach- und Fachkompetenz – oder anders gesagt: von strategischer und operativer Ebene.

Auf der Stadtrats-Ebene möchten sie sich auf das Strategische konzentrieren, also um die Zukunftsgestaltung auf der Gemeindeebene. Dies hat eine grosse Bedeutung und dort möchten sie vorgeben, in welche Richtung es gehen soll.

Der Stadtrat ist sich jedoch auch bewusst, dass sich die Umsetzung von Strategie im politischen Umfeld oftmals schwierig gestaltet, richtet sich doch Strategie nach (langfristigen) Zielen, Politik nach Mehrheiten aus. Zentrale Aufgabe der politischen Führung ist das rechtzeitige Erkennen von Entwicklungen, deren Einfluss auf das Gemeinwesen und die Klärung bzw. Festsetzung von Prioritäten.

Als Maxime gilt: Wer den Kurs bestimmen will, muss Ziele vorgeben und deren Erreichen messen. Der Stadtrat wird nach der anstehenden Erarbeitung des Leitbildes mit Legislatur- und Jahreszielen arbeiten - bzw. arbeiten müssen. Einen ersten Schritt hat er mit dem differenzierten und detaillierten Finanzplan bereits vorgegeben.

Durch die Änderung in der Aufgabenzuteilung ändern sich Profile und Anforderungen von Behördenmitgliedern – gerade auch und insbesondere des Stadtpräsidenten bzw. der Stadtpräsidentin. Dies betrifft insbesondere folgende Bereiche

- Zielorientierung
 - Leitbild, Legislatur-, Jahresziele und Finanzplan beachten
 - Kollegialsystem und Teamarbeit
- SR-Mitglieder partizipieren an der Führung des Unternehmens "Stadt Stein am Rhein"
- Referatszuteilungen beachten, Aufgaben und Projekte im Zuständigkeitsbereich be-

arbeiten

Delegation von Aufgaben innerhalb des Rates und der Verwaltung

- Ressourcen nutzen
 - o Verwaltung als operative Einheit
 - Abgabe von Aufgaben und Verantwortung an Verwaltung
 - > Tagesgeschäft übernehmen nach Zielvorgaben und Konzepten,
 - > Vorbereiten von Entscheidungsgrundlagen,
 - > Abklärungen,
 - > Projekt- und Prozessmanagement
 - o Externe
 - Beizug von Externen (Bsp.: Bauherrenvertreter, Kultur, ...)
- Ansprechpartner sein
 - Bsp.: Sprechstunden, runder Tisch, Parteipräsidententreffen, Aussprachen

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Referatsaufteilung analog der bisherigen Systematik gemäss Geschäftsordnung erfolgt. Die Pensen sind wie folgt festgelegt:

Baureferent:	25%
Finanz-/Schulreferentin	20%
Sozialreferent	20%
Werkreferent	20%
Präsidienreferat	50% (neu) (40% an zwei Tagen fest, 10% variabel)
Die Einsitznahme im Stiftungsrat der Jakob und Emma Windler-Stiftung erfolgt ausseramtlich, ist also in diesen 50% Stellenprozenten nicht eingerechnet.	

Die vorgeschlagene Pensenverteilung ergibt eine angepasste Zuweisung von Verantwortlichkeiten, ohne Bevorzugung einzelner Referate und Personen. Sie ermöglicht nach heutiger Sicht und unter Berücksichtigung der geänderten Anforderungen an die Behördentätigkeit, die Erfüllung der politischen Aufgaben des Stadtpräsidiums.

Verwaltungsebene

Bau-/Werkverwaltung

Seitens verschiedener Gremien wurde mehrfach festgestellt, dass sowohl die räumlichen Verhältnisse im Rathaus als auch Pensen, Zuständigkeiten und Arbeitsabläufe teilweise nicht befriedigen. Die zuständigen Bereichsleiter halten eine Reorganisation für dringend nötig. Aus verschiedenen Gründen wurden die vorgeschlagenen Massnahmen immer wieder aufgeschoben.

An seiner Klausurtagung vom 19./20.08.2010, in der Diskussion rund um den Finanzplan 2012 – 2016 und nach dem Altersrücktritt von Stadtpolizist Erwin Hostettler hat sich der Stadtrat wiederum mit der Verwaltungsstruktur auseinandergesetzt.

Es zeigt sich, dass vorab im Bau- und Werkreferat eine Änderung der Organisation notwendig ist. Die Bau- wie die Werkverwaltung sind zeitlich nicht in der Lage, alle Aufgaben wahrzunehmen. In der Bau- und Liegenschaftsverwaltung ist die Aufgabenfülle derart gross, der Aufgabenbereich so breit, dass dies durch eine Person alleine nicht abgedeckt werden kann. Die Stadt ist Besitzerin von Wohnbauten, von landwirtschaftlichen, forstlichen und gewerblichen Liegenschaften und Grundstücken im Wert von mehr als 100 Millionen Franken, deren Bewirtschaftung, Nutzung und Unterhalt sichergestellt sein müssen.

Bei den Werken, im Infrastrukturbereich Strassen, Ver- und Entsorgung, Siedlungsentwässerung usw. fallen Arbeiten an, die in den Stellenprofilen weder zeitlich noch fachlich berücksichtigt sind und Führung und Organisation beeinträchtigen.

Die Situation stellt für die gesamte Verwaltung eine grosse Herausforderung dar. Bisher haben insbesondere Stadtpräsident, Stadtschreiber und Zentralverwalter Aufgaben übernommen, die grundsätzlich nicht in ihrer Zuständigkeit liegen. Dies führt zu hoher zeitlicher Beanspruchung, Doppelspurigkeiten und unklaren Zuständigkeiten. Mit einer Bündelung der Aufgaben im Bau-/Werkbereich möchte der Stadtrat die Verwaltung im Bereich "Unterhalt und Bewirtschaftung von Infrastruktur und Liegenschaften" stärken und die Voraussetzungen für eine professionelle und effiziente Aufgabenerfüllung schaffen.

Einwohnerdienste

Mit der Schaffung eines zentralen Einwohnerdienstes soll eine zentrale Anlaufstelle den Kundendienst nachhaltig und stark verbessern. Alle Dienstleistungen für die Bevölkerung werden zusammengefasst. Beispiele sind: Steuerverwaltung, Einwohnerkontrolle, SBB-Tageskarten, Fundbüro, Parkierungsabos, Kehrmarken, Hundemarken, Abgabe von Formularen, allgemeine Auskünfte, Empfang, usw.

Bildlich gesprochen heisst das, wenn man jetzt ins Rathaus kommt, hat man drei Stufen, dann steht man vor einer Glaswand und nochmals zwei Stufen mehr ist rechts die Stadtpolizei und links der Briefkasten für die Steuererklärungen und die Steuerverwaltung. Wenn man z.B. die SBB-Tageskarte abholen will, muss man die grosse Treppe hinauf und oben wiederum suchen, wo man überhaupt hin muss. Das soll sich ändern. Unten soll ein Empfang sein und dort wird man bedient oder wenn man jemanden sprechen muss, wird man abgeholt. Dies gibt natürlich nicht nur bauliche Veränderungen sondern auch in der Struktur, wie die Verwaltung funktioniert.

Stadtkanzlei / Archiv / Sicherheit (Polizei)

In diesen Bereichen werden aufgrund der vorangehenden Ausführungen bzw. von erfolgten externen Beurteilungen die Aufgaben überprüft und allenfalls neu geordnet oder anderen Abteilungen zugewiesen. Die Neuordnung bei der Stadtpolizei ist bereits in Arbeit.

Zeitlicher Ablauf

1. Am Samstag, 25.02.2012 trifft sich Stadtrat und Verwaltungsmitarbeiter zu einer Klausur mit externer Begleitung. Ziel ist, Modelle der Verwaltungsführung zu diskutieren und bis zum Schluss der Tagung das für Stein am Rhein taugliche Modell mit ersten Angaben zu Profilen, Aufgaben und Anforderungen festzulegen. Damit im April die Vorlage präsentiert werden kann, der Stadtrat ist da auch unter grossem Zeitdruck. Er hofft, dass sie das an diesem Tag erreichen können.
2. Der Berichtsentwurf wird der Stellenplankommission zur Beratung vorgelegt. Der Stadtrat schlägt vor, die Teilnahme an dieser Sitzung den Mitgliedern des Einwohnerrates zu ermöglichen, so dass ein Grossteil der Informationen vor der eigentlichen Beratung in Fraktion und Einwohnerrat vermittelt werden und gewichtige Argumente allenfalls noch in die Vorlage einfließen können.
Für diese Sitzung ist bereits ein Datum festgelegt und zwar Montag, 19. März, 19.30 Uhr. Eine schriftliche Einladung wird noch folgen, auch der externe Berater wird anwesend sein.
3. Der Stadtrat legt Bericht und Antrag dem Einwohnerrat zur Beratung an der Sitzung vom 13.04.2012 vor. Der Einwohnerrat berät die Vorlage.
4. Nach allfälliger Genehmigung bestimmt der Stadtrat eine Begleiterin, einen Begleiter, die/der den Prozess beobachtet und als "advocatus diaboli" amtiert und die Schritte von aussen immer wieder hinterfragt.

5. Der Stadtrat erteilt erste Aufträge zu Einleitung und Umsetzung der Reform.

Dem Stadtrat ist bewusst, dass der Prozess Zeit in Anspruch nimmt und die neue Stadtpräsidentin, der neue Stadtpräsident zwingend im Prozess integriert sein muss.

Fazit

Der Stadtrat dankt für ihre Unterstützung und Mithilfe bei diesem grossen Prozess. Für die Gemeinde ist das sehr wichtig und erhofft, dass sie auf dem richtigen Weg sind. Der Stadtrat begrüsst die Überweisung der Motion und nimmt diese entgegen.

Einwohnerratspräsident Richard Schlatter dankt dem Stadtrat für die reichhaltigen Informationen. Dafür, dass die Motion heute erst überwiesen werden soll, ist er freudig überrascht, dass schon so weit gearbeitet worden ist. Er begrüsst es sehr, dass zu diesem Prozess auch externe Fachleute beigezogen werden.

Er fragt in die Runde, ob sich jemand zu den Ausführungen äussern möchte oder noch Fragen sind, die beantwortet werden können.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Motion Käser wird einstimmig für erheblich erklärt.

Bevor wir zu Traktandum 6 kommen, möchte **Einwohnerratspräsident Richard Schlatter** noch informieren, dass die Geschäftsprüfungskommission wie in Art. 14 lit. c) Geschäftsordnung der GPK geregelt, das Vertragsverhältnis der Hohenklingen GmbH mit der Stadt Stein am Rhein überprüft. Die GPK hat am Donnerstag, 23.02.2012 zum ersten Mal getagt. Eine Stellungnahme im Einwohnerrat wird durch die GPK zu gegebener Zeit erfolgen und im Rat dann auch behandelt werden.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

6. Allgemeine Umfrage

Beat Hug, Baureferent, möchte kurz auf das Votum betreffend Altstadt-Kommission zurückkommen. Wie alle wissen, werden die Leitbilder überarbeitet, wo es dann um die ganze Gewichtung der Stadt und nicht nur der Altstadt geht. Er wünscht sich in diesem Zusammenhang eine möglichst gute fachliche Begleitung und würde zu diesem Zeitpunkt an den Stadtrat auch den Antrag stellen, ob man mit einer Ortsbild-Kommission nicht auch Fachkräfte, die man im Städtchen selber hat, einbinden kann, die den Stadtrat einfach unterstützen. In dieser Kommission könnten dann natürlich auch Punkte besprochen werden, die die Altstadt betreffen. Er denkt, das ist sinnvoller als nur den Fokus auf die Altstadt zu legen, auch wenn wir eine sehr wertvolle Altstadt haben. Aber die Entwicklung passiert im Moment vor allem ausserhalb.

* * *

Katharina Rietmann, Pro Stein, hat an der Einwohnerrats-Sitzung vom 25.11.2011 deponiert, dass vor allem die Zuzüger im neuen Quartier im Riet keine Ahnung der Ruhezeiten haben. Es wird am Sonntag gebaut, es wird am Sonntag der Rasen gemäht, etc. An der Sitzung wurde ihr versprochen, dass es ein Mitteilungsblatt an die Bevölkerung gibt. Wie sieht das aus?

Bis jetzt wurde noch nichts unternommen, die Bitte wird aber nochmals aufgenommen.

* * *

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung 21.45 Uhr

Stein am Rhein, 29. Februar 2012

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer